

Erscheint
Dienstag und Freitag.
Redaktion:
Stadt, N. Markt Nr. 220, 3. St.
Expedition:
Rann Haus-Nr. 190.

Insertionsgebühren:
für die 2spaltige Zeile oder deren
Raum für 1 Mal 6 fr., 2 Mal
8 fr., 3 Mal 10 fr. Insertions-
stempel jedes Mal 30 fr.

TRIGLAV.

Zeitschrift für vaterländische Interessen.

Verlag und Druck von
J. Blasnik.

(Manuscripte werden nicht zurückgesendet.)

Verantwortlicher Redakteur:
M. v. Radics.

Abonnement für Laibach:

ganzzährig 5 fl. 50
halbjährig 2 " 50
vierteljährig 1 " 25

Durch die Post:

ganzzährig 6 fl. 40 fr.
halbjährig 3 " 20
vierteljährig 1 " 70

Einzelne Exemplare kosten 5 Nkr.

I. Jahrgang.

Laibach am 11. August 1865.

Nr. 64.

Zur Regelung unseres Gemeindegewesens.

Am Fuße der Alpen, 8. August.

Neue Verhältnisse gebären neue Hoffnungen; so wollen auch wir unter der neuen Regierung die Organisation der Gemeinden hoffen, auf die in Krain fast schon zu verzichten war. Für uns ist eine tüchtige Gemeinde-Organisation neben Nachlaß der Steuern das wichtigste, jene in sozial-politischer, diese in wirthschaftlicher Hinsicht. In der Gemeinde müssen wir uns erst das Verständniß der Gemeinsamkeit vieler Interessen, der Bürgerpflichten und der Verwaltungsgeschäfte heranzubilden, an dem es uns beinahe allseitig und umfassend fehlt. Das Gemeindeleben muß den eng umschriebenen Horizont des Adersmanns und des Pfahlbürgers erweitern, und so ihn zu einem thätigen und theilnehmenden Staatsbürger erziehen. — Das Gemeindegewesen hatte unmittelbar nach dem Jahre 1849 manche schöne Blüthe angefaßt; die darauf folgenden Jahre verkümmerten sie; zu der nothwendigsten und wichtigsten Erwägung kam es gar nicht, zu den Bezirksvertretungen; in diesen sehen wir aber den Keim der anzustrebenden autonomen Verwaltung, den besten Boden zur Bildung für öffentliche Angelegenheiten. Die jüngsten Arbeiten für Gemeinde-Organisation sind bisher für Krain resultatlos geblieben. Was wir in der Gemeinde-Organisation vor Allem anstreben müssen, sind große Gemeinden, damit nicht wieder Körper sich bilden, die politisch lebensunfähig sind, und nur vegetiren. So wie ein kräftiges Familienbewußtsein die Familie fördert und hebt, diesen Grundstein der menschlichen Gesellschaft, so kräftigt, entwickelt, fördert ein starkes Gemeindebewußtsein das Gemeindegewesen; die Gemeinde ist für die menschliche Gesellschaft in ihrer staatlichen Verbindung aber das, was die Familie für die Gesellschaft überhaupt. In schwachen, ohnmächtigen Gemeinden kann jedoch ein solches Gefühl nicht aufkommen. In solchen Gemeinden findet man auch selten und unzureichend die tauglichen Männer zur Vertretung und Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten. Abgesehen von den Städten, für die Landgemeinden im eigentlichen Sinne erscheint je nach Dichtigkeit der Bevölkerung und Leichtigkeit der Kommunikation eine Bevölkerungszahl von 4000—8000 Einwohnern nothwendig, daß die Gemeinde die für ihre Zwecke nöthigen Mittel und Kräfte leicht erhalten kann, um nach innen und außen ein frisches, achtungsgebietendes, gesundes Leben entwickeln zu können. Die jetzigen Gemeinden sind in manchen Bezirken so klein, daß man kaum einen schreibenskundigen Mann darin findet; sie sind ohne alle Mittel, und auch zu klein, somit zu arm, sich die Mittel zu verschaffen; sie sind ohne Kenntniß ihrer sozialen und gesetzlichen Pflichten, und der Einzelne, seufzend unter dem allgemeinen Steuerdrucke, hat kein Interesse, kein Verständniß für die Gemeinde. Darum steht es mit unserem Armenwesen, mit dem Feldschutze u. s. w. so schlecht, und darum blühet das Bettlerunwesen, ein zweiter selbstaufgezwungener Steuerdruck, der wirthschaftlich nicht unbedeutend ins Gewicht fällt.

Kleine Gemeinden sind in einem freien Staate ein Uebing; denn wegen ihrer Ohnmacht hemmen sie die freiwillige Entwicklung von unten, hemmen die politische Bildung, hindern die kräftige Entfaltung und Stärkung individueller Freiheit, ohne die dauernd die allgemeine nicht bestehen kann.

Den großen Gemeinden kann man auch leichter Geschäfte übertragen, und so die Staatsbehörden von Vielem entlasten. Die für den Staatsbürger, besonders am Lande, so kostspieligen gesetzlichen Maßregeln nach Tobsällen, bei Zwangsverläufen, Schätzungen, Inventar-Aufnahmen könnten, insoweit eine zweckmäßige Reform des bürgerlichen Gesetzes, das noch aufrecht erhalten wird, ja so wie jetzt bestehen, dann billiger, in der Regel eben so gut und zweckmäßig, rechtzeitiger, und sonach in jeder Hinsicht weniger drückend für die Theilnehmenden von diesen Gemeinden durchgeführt werden. Die Bagatelldinge, das Polizeistrafwesen in gewissen Fällen an ein Friedensgericht würde in solchen Gemeinden den natürlichsten Boden finden, oder wenigstens den kräftigsten Unterstützungspunkt.

So käme diese Gemeinde-Organisation, auch wenn sie scheinbar mehr Kosten, als die bisherige, verursachen würde, in der That viel billiger, da eine Menge, freilich im Budget nicht aufgeführter Lasten wegfallen oder sich erheblich vermindern würde.

Öffentlichkeit und bestimmt eingehaltene Periodizität der Vertretung sind und bleiben weiter die Grundbedingungen dieser Gemeinden, wobei die Wahl sich auf eine gesunde Interessen-Vertretung stützen muß; nicht zu seltenes Zusammentreten der Vertreter wird deren Theilnahme an den Geschäften ebenso wach halten, wie andererseits — leider! — zu häufige Versammlungen den Eifer abtumpfen.

Es ist zweifellos, daß im Anfange bei dem gegenwärtigen Bildungsstandpunkte und der derzeitigen noch bestehenden Apathie an den Gemeindegewesen die nothwendig werdenden Gemeindebeamten an vielen Orten einen wohlthätigen aber auch sehr gefährlichen Einfluß ausüben können und werden, und daß manche Gemeinden erst durch den Schaden werden zum Bessern kommen.

Um aber sich für die autonome Verwaltung, in Art größerer Gemeinwesen, heranzubilden, um die Zusammengehörigkeit in so vielen über die Gemeindegrenzen sich erstreckenden Angelegenheiten, deren Wichtigkeit für das Besondere und Allgemeine zu erkennen, um über die Individualität das ganze Land nicht übersehen und vergessen zu lernen, bedarf es einer Vertretung größerer Sprengel, welche alle die gemeinsamen Angelegenheiten dieser Sprengel zu regeln hätte, — es thun uns Bezirks- oder Kreisvertretungen dringend noth.

In diesen erst würden sich die parlamentarischen Kräfte schulen, die volkswirtschaftlichen und sozial-politischen Kenntnisse auf dem Wege der Anschauung und Erfahrung verbreiten, verallgemeinern; in diesen würden sich die Fähigkeiten für das öffentliche Leben entwickeln und leicht sich die Männer für Uebernahme eines Theils der Verwaltungsgeschäfte des Staates finden und heranzubilden.

In ihnen kommen ja schon allgemeinere Gesichtspunkte zur Geltung, der Horizont ist ein größerer, der Kampf der Interessen ist ein vielseitiger und lebhafterer, die wirthschaftlichen Fragen treten näher, als in der Gemeinde heran; die Kenntniß der Eigentümlichkeiten der einzelnen Gemeinde-Individualitäten erweitert den Blick, regt mannigfach an, fördert die Gegenseitigkeit der Unterstützung in allen Angelegenheiten, wo die Kräfte der einzelnen Gemeinden nicht ausreichen werden.

Wir sind der vollen Ueberzeugung, daß jetzt schon in Krain eine autonome Bezirksverwaltung nicht ausführbar wäre, theils wegen Mangel an verfügbaren Kräften, theils wegen Kostspieligkeit, so lange die Staatssteuern sich nicht erheblich vermindert haben. Wir sind auch der Ansicht, daß bei unserer politischen Apathie noch einige Zeit hindurch eine prinzipielle Leitung von Seite des Staates in Bezirksangelegenheiten nothwendig ist. Diese Angelegenheiten kann man nicht bei Seite schieben, denn sie sind aus dem Bedürfnisse hervorgewachsen, sie sind keine künstlich erzeugten, das beweiset das Straßen-Konkurrenzgesetz, dem bald ähnliche Konkurrenzgesetze folgen werden, die doch alle ein Nothbehelf sein werden! Mögen die Bezirke vermindert, vermehrt werden, das wirklich Zusammengehörige, das durch Bodenformation, Agrikulturmethode, industriellen und gewerblichen Betrieb, historische Erinnerungen, und durch Verkehrsmedien u. s. f. zusammengewachsene wird sich bald zur Geltung bringen.

Diesen gemeinsamen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, ist den Staatsbehörden öfters nicht gelungen; daran ist aber theilweise die Verwaltungsmethode, theilweise und zwar größtentheils der Ausschluß der Theilnahme der Interessenten, zum kleinsten Theile nur Mangel an persönlichem Eifer oder Verständnisse schuld.

Befrachten wir, bis wir einstens selbst in der Lage sind, die Bezirksverwaltung in die Hand zu nehmen, den Eifer und guten Willen der untersten Verwaltungs-Staatsbehörden mit der Initiative, dem Rathe, der gesetzlich kundgegebenen Willensmeinung der Interessenten, stellen wir das für diese Angelegenheiten nothwendige Budget unter dem Rathe der erfahrenen Behörde selbstständig auf, und kontrolliren wir die Gehahrung mit selbst, ob es den oben bezeichneten Intentionen gemäß verwendet wurde; führen wir für diese Angelegenheiten die Möglichkeit einer öffentlichen, gesetzlich zu Tage tretenden loyalen Kritik der verwaltenden Behörde ein, und wir werden in Kurzem die Uebelstände, über die von mancher Seite geklagt wird, verschwinden, und viel Ersprießliches entstehen sehen.

Auf diesem Wege fördern wir die Ausbreitung der politischen und volkswirtschaftlichen Bildung, ohne zu früh die Bürger mit einer Geschäftslast zu behelligen, der nur wenige gewachsen sind, und die nur bei lebhaftem Gemeinfinn ohne Schaden für das öffentliche Wohl getragen wird. Wir stärken den Sinn für gesetzliche Freiheit, indem wir die Einsicht verallgemeinern, daß nur durch sie materiell und geistig die Wohlfahrt des Einzelnen und Allgemeinen gedeiht, wovon durch das bisherige Walten der größere Theil des Volkes nicht überzeugt werden konnte. Wir bringen das selbstthätige Handeln der Bürger in öffentlichen Angelegenheiten dem Geschäftskreise des Volkes näher, theils in sinnlicher, theils in geistiger Hinsicht, indem da Gegenstände berathen werden, die beinahe jeden angehen, beinahe jeden interessiren.

Endlich bei unseren gedrückten Geld- und Erwerbsverhältnissen bewirken wir dann ohne Kosten oder nahezu ohne Kosten die Regelung der betreffenden Angelegenheiten durch die Theilnehmenden selbst, und vermeiden dadurch, daß die Selbstverwaltung unter dem Odium vermehrten Zahlens den empfindlichsten Schaden leidet.

Die Durchführung der Verwaltung nach den verhandelten und beschlossenen Grundrissen kann die Staatsbehörde unter der Kontrolle der Öffentlichkeit und der Bezirksvertretung wohl leicht durchführen; sie wird dann gerade durch ihren objektiven Standpunkt, durch ihre administrative Erfahrung, durch ihre Fachbildung einen größern Einfluß und eine höhere Achtung im Volke gewinnen, als bisher, wenn die betreffenden Persönlichkeiten nur guten Willen und Verständniß für die Bedürfnisse der Bezirksbevölkerung entgegenbringen. Ja, wir behaupten, die Staatsbehörde würde dadurch auch in ihrem rein staatlichen Wirkungskreise viel mehr vom Vertrauen und der Neigung der Bevölkerung getragen werden, als bisher,

wo das Amt doch wesentlich etwas Fremdes ist, dem man die eigenen Fehler und Unterlassungen gerne in die Schuhe schiebt, und von dem man so oft fordert, es solle das Unmögliche möglich machen. Der persönliche Wechselverkehr, der Austausch über die Wünsche und Bedürfnisse einerseits, und die Bestrebungen der Verwaltung andererseits würde Amt und Bevölkerung einander viel näher bringen; dem Beamten würde der freie, frische, unbefangene Blick ins Leben erhalten, der Bevölkerung die Einsicht in die Arbeit für ihr Wohlfühlen gewonnen werden, von der sie jetzt wohl wenig besitzen!

Politische Revue.

Justizminister R. v. Komers hat seinen Amtsantritt den cisleithanischen Oberlandesgerichts-Präsidenten und den unterstehenden Justizbehörden mit einem vom 29. Juli datirten Rundschreiben notifizirt, das dem Chef der Justiz zwar keine Gelegenheit bot, staatsrechtliche Prinzipien von gleichem Gewichte zu erörtern, wie sie Belcredi's Rundschreiben enthält, das auch über die beabsichtigten Justizreformen keine Mittheilungen machen konnte, das aber nichtsdestoweniger sehr beachtenswerth ist, und die volle Würdigung des Richterstandes verdient. In demselben heißt es unter Anderem:

„Die Absichten Sr. Majestät sind einzig und allein dahin gerichtet, das Wohl Seiner Völker dauernd zu gründen und thätigst zu fördern; wir müssen es als unsere Lebensaufgabe betrachten, zur Verwirklichung dieser hochherzigen Absichten, Jeder in seinem Wirkungsbereiche, nach Möglichkeit beizutragen. Vom Richterstande, der dazu berufen ist, im Namen Sr. Majestät das Gesetz zu handhaben und das Recht zur Geltung zu bringen, muß ich unerschütterliche Treue an den Monarchen und strenge Unparteilichkeit vor Allem und unbedingt fordern. Aufopfernder Diensteifer und makelloser Ehrenhaftigkeit müssen den Mann auszeichnen, in dessen Hände der Staat das wichtige Amt des Richters legt. Er wird aber für seine Aussprüche nur dann das allgemeine Vertrauen gewinnen, wenn er bei der Schöpfung derselben, jeder politischen Parteilichkeit fremd, stets das Gesetz und nur das Gesetz im Auge behält. Die Gerichtssäle müssen Hallen der Gerechtigkeit bleiben und dürfen nicht zur Arena politischer Kämpfe werden. Dabei muß sich der Richter stets gegenwärtig halten, daß er zum Diener des Staates nur im Interesse der Bevölkerung bestellt ist, daß die Parteien von ihm richterliche Entscheidung erwarten, aber keine Gnaden beanspruchen, er muß sie daher auch mit Würde, aber zugleich mit jenen Rücksichten behandeln, die der Bürger dem Bürger schuldet. Nur dadurch vermag er jene aufrichtige und dauernde Achtung der Bevölkerung zu gewinnen, deren er in seiner amtlichen Wirksamkeit bedarf. Oft in die traurige Nothwendigkeit versetzt, das Strafschloß gegen jene, die es verletzen, anzuwenden, möge er dies mit leidenschaftsloser Ruhe thun, und selbst mit der nothwendigen Strenge jene Humanität vereinen, welche auch in dem Schuldigen noch den verirrtten Menschen erkennt.“

Gewiß ist, was hier gesagt wird, nicht ohne Grund und ohne speziellen Anlaß gesagt. Und so wünschen denn auch wir mit dem Herrn Minister, daß die Gerichtssäle Hallen der Gerechtigkeit und Humanität sein und nicht zur Arena politischer Kämpfe werden möchten.

Das Rundschreiben des Finanzministers an die Leiter der Finanz-Landes-Direktionen lautet vollinhaltlich also: „Seine k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Handschreiben vom 27. Juli l. J. mich zum Finanzminister allergnädigst zu ernennen geruht. Ich setze Eu. . . . von diesem Allerhöchsten Beschlusse mit dem Bewußtsein in Kenntniß, daß ich die Leitung der Finanzverwaltung mit dem heutigen Tage übernommen habe. Von höchster Wichtigkeit für das allgemeine Wohl erscheint die vollkommene Herstellung des Gleichgewichtes zwischen Einnahmen und Ausgaben, somit die Beseitigung eines Abganges. Auf die Erreichung dieses hochwichtigen Zweckes ist mit aller Kraft hinzuwirken. Die Verwirklichung dieses Zweckes kann aber nur dann erreicht werden, wenn jeder in seiner Dienstesphäre mit Hingebung und energischer Thätigkeit hiezu mitwirkt. Ich hoffe daher, daß mich Eu. . . . im Zusammenwirken mit allen Organen in meinen dienstlichen Aufgaben mit Ihren Kenntnissen und Erfahrungen und jenem regen Eifer kräftigst unterstützen werden, welchen die gegenwärtigen Umstände erheischen.“

Wien, den 29. Juli 1865.

Graf Larisch-Mönick.

Ueber die Frage: wie soll unserer Finanzmisere abgeholfen werden bringt „Hon“ einen pikanten Artikel, den wir hier im wesentlichsten reproduzieren. Der Fehler der abgetretenen Regierung, sagt das genannte Blatt, war der, daß sie für Dinge Geld ausgab, die man umsonst bekommen kann, und für andere Bedürfnisse das Doppelte zahlte, die man auch um einen einfachen Preis erhält. Das, was man umsonst bekommen kann und wofür die frühere Regierung Geld verausgabte, ist die Treue und Anhänglichkeit an die Regierung. Eine andere Regierung pflegt sich dies umsonst durch eine volksthümliche Politik zu verschaffen, die abgetretene Regierung aber hat sich für theures Geld erkauft und hat noch oben-dreien falsche Waare bekommen. Dasjenige, wofür die Regierung den doppelten Preis zahlte, war der Verwaltungsorganismus. Wohl pflegen auch andere Regierungen ihre nützlichen Beamten nach geleisteten Diensten zu bezahlen, die zentralistische Regierung aber that dies noch vor den Diensten, und hie und da auch während derselben. Ferner hat die abgetretene Regierung die Deffentlichkeit unterdrückt auch mit Bezug auf Gemeinbeangelegenheiten, denn das Gemeindevermögen wurde nicht von der Repräsentanz der öffentlichen Meinung kontrollirt. Daher kam es, daß nicht nur der Staat, sondern auch jede Stadt, ja das kleinste Dorf in Finanzkalamitäten gerieth. Die erste Finanzoperation der Regierung sollte es daher sein: Die Aufstellung der konstitutionellen Repräsentanz Behufs strenger Kontrollirung des Kommunalvermögens. Dieselbe Volksrepräsentanz wird die Regierung auch mit populären, verwendbaren und billigen Beamten versehen. Unter billig verstehen wir nicht schlecht bezahlt, sondern wir meinen billig und nicht feil. Die Regierung wird ferner bedeutende Ersparungen machen, wenn sie nicht jeden Sieg in einer konstitutionellen Debatte mit einer garantirten Eisenbahn bezahlt, wel-

che von den Privatinteressen noch in schlechter Linie geführt wird, damit das Darauszahlen desto gewisser sei. Den feilen Goldschreibern kann sie ebenfalls die Thüre weisen und sie wird dadurch die zwei Millionen ersparen, welche die abgetretene Regierung während der abgelaufenen vier Jahre an ihre Leibjournalisten verschwendete. Die Armee kann um so viel reduziert werden, als die abgetretene Regierung nothwendig hatte, um in Ungarn, Siebenbürgen und Kroatien eine fiktive Bewegung niederzuhalten und dadurch gegen sich selbst zu demonstrieren.

Die „Politik“ meldet, der Finanzminister Graf Larisch habe für den 12. August eine Enquête-Commission zusammenberufen, die in Wien tagen und darüber berathen soll, wie die Steuer von Spirituosen und Zucker am zweckmäßigsten ohne große Controlmaßregeln und Regiekosten einzuhoben wäre.

Im Ganzen haben, wie die „Politik“ mittheilt, die oppositionellen Journalisten Böhmens in den vier Jahren des Schmerling'schen Systems an Freiheitsstrafen zu erdulden gehabt 64 Monate 17 Tage, an Geldstrafen aber verloren 10.915 fl.

Wie es heißt, wird in der ungarischen Hofkanzlei bereits zur Redaction des Entwurfes für das Einberufungs-Reskript des ungarischen Landtages geschritten, und dürfte die Publikation des Reskripts einer der nächsten Akte des neuen Cabinets sein.

Der neue ungarische Tavernicus hat soeben ein Rundschreiben an alle städtischen und Comitatsbehörden Ungarns erlassen, welches sie auffordert, die Namensliste aller Beamten sofort an die Statthalterei einzusenden. Man schließt daraus, daß die Regierung gesonnen sei, zur gesetzlichen Reconstitution der Comitats zu schreiten.

Aus Wien wird berichtet: Bischof Stroßmeyer hatte dieser Tage eine Unterredung mit dem neuen Staatsminister, die sich selbstverständlich auf die Verhältnisse und Zustände in Croatien und Slavonien bezog. Wie man vernimmt, hat sich der Bischof dem Minister gegenüber in einer ganz unumwundenen Weise ausgesprochen und zu erkennen gegeben, daß man nach einer so langen unfruchtbaren Periode jetzt mehr als Worte erwarte.

„Il Nazionale“ bringt die Nachricht, daß der gegenwärtige Statthalter von Dalmatien FML. Baron Mamula, pensionirt und der Statthalterposten unbesezt gelassen werden soll. Diese Nachricht findet auch von andern Seiten her ihre Bestätigung, denn man sagt, daß es zwecklos wäre, einen neuen Statthalter zu ernennen, so lange über die staatsrechtliche Stellung Dalmatiens noch nichts Definitives beschlossen sei. Das genannte Blatt theilt noch weiters mit, daß bedeutendere Reductionen im Status der dalmatinischen Behörden bevorstehen, und daß insbesondere die Polizeidirektion in Zara aufgelöst werden soll.

Eine Anzahl Studenten der Wiener Universität, hat eine Adresse unterfertigt und an die drei von der Liste gestrichenen Doctoren Birchow, Gneist und Waldeck gerichtet, in der sie dem Bedauern Ausdruck leihen, das bei jenem Vorgehen die Jünger der alma mater empfanden, und wie diese nach wie vor nicht umhin können, jenen Herren die Versicherung zu ertheilen, daß ihre hochherzige liberale und patriotische Haltung in politischen Fragen, sowie ihre Verdienste um die Wissenschaft hier alle Anerkennung und Bewunderung finden.

Die Instructionen des Grafen Bloome lauten dahin, den Einfluß des preussischen Ministerpräsidenten zu bekämpfen, welcher alle Hebel in Bewegung setzt, um dem König Wilhelm die Ueberzeugung beizubringen, daß der Moment der Action für Preußen gekommen sei. Gelingt es dem Grafen Bloome nicht, König Wilhelm zu einem Zurücknehmen seiner Forderungen zu bewegen, dann ist auch von einer Zusammenkunft des Kaisers mit dem preussischen Souverän keine Rede. Der Letztere verläßt Gastein Mitte dieses Monats und der Bruch zwischen beiden Großmächten würde dann als unausbleiblich angesehen.

Das Votum der Kronjuristen geht zuverlässigen Angaben nach dahin: 1. Dem Augustenburger fehle jedes Successionsrecht auf die ganzen oder einen Theil der Herzogthümer, sowohl weil sein Vater auf die Nachfolge verzichtet, und die wegen der Thronfolgeordnung zu treffenden Anordnungen im Voraus anerkannt, als weil die Primogeniturfolge im Augustenburger Fürstenhause unnachweisbar sei. 2. Dem Oldenburger stehe nur ein eventuelles Reversionsrecht auf den Gottorper Antheil zu. 3. Die Succession Christians IX. sei nach dem Thronfolgegesetz vom 31. Juli 1853, welches in den Herzogthümern rechtskräftig publizirt und eingeführt wurde, allein als rechtsgiltig anzuerkennen und dessen volles Recht sei durch den Wiener Frieden auf Preußen und Oesterreich übergegangen.

Mit vieler Mühe ist es den hohen Verwandten des kinsiedenden Königs Leopold von Belgien gelungen, denselben zu bewegen, noch bei Lebzeiten an seinen Sohn, den Herzog von Brabant, die belgische Krone zu übertragen. Die Abdications-Urkunde soll jetzt bald — man bezeichnet der „N. Fr. P.“ den 25. v. M. — veröffentlicht werden, und es ist wohl möglich, daß der Kronprinz von Belgien aus Coburg, wo er in wenigen Tagen eintrifft, bereits als König der Belgier nach Brüssel zurückkehrt.

Präsident Johnson gibt alle Kriegsgefangenen, einschließlich der Generale, unter der Bedingung frei, daß dieselben den Eid der Treue leisten.

Aus den Vereinen.

Generalversammlung der Citavnica. (Am 6. August l. J.) Die Generalversammlung im Dezember v. J., welche dem ganzen Ausschusse durch fast einstimmige Wiederwahl den glänzendsten Vertrauensbeweis gegeben, war kaum beendet, als in dem eben damals beginnenden Blatte „Slovenec“ eine Reihe von Correspondenzen zu erscheinen anfang, welche zunächst gegen Herrn Souvan, in zweiter Linie aber auch gegen den Ausschuß der Citavnica gerichtet, deren Vorkommnisse als zu theuer und auch als ungenügend darstellten. In Folge dieser böswilligen Angriffe kündete Herr Souvan der Citavnica, und blieb hiebei auch, nachdem ihn der Ausschuß um Rücknahme seiner Kündigung ersuchte. Der Ausschuß — zum größten Theile aus Gründern der Gesellschaft bestehend — erin-

nerte sich nämlich noch gut aller der Schwierigkeiten, welche die Auffindung eines geeigneten Lokales in Laibach machte, und wie die Citavnica der Gefahr entgegen gieng, sich ob Mangel eines solchen auflösen zu müssen, wenn nicht Herr Souvan den patriotischen Entschluß gefaßt, das jetzige Haus gekauft, und dort einen Neubau geführt hätte. Der Ausschuß überzeugte sich weiters aus den vorgelegten Berechnungen, daß Herr Souvan bei weitem nicht einmal die bürgerlichen Interessen des verwendeten Kapitals aus seinem Hause erhalte. — Beim Fortbestande der Kündigung wurde sonach die Generalversammlung berufen und von selber ein Comité — größtentheils aus Anhängern der sogenannten Opposition bestehend — gewählt, welches die Aufgabe erhielt, eine geeignetere und wohlfeilere Wohnung zu suchen. Nach vielem Suchen mußte jedoch das Comité bekennen, daß dieses eine Unmöglichkeit sei, und diesem nach schlug es vor, auf den Antrag des Herrn Frölich einzugehen, der sich zu einem Neubau in seinem Hause erbot. Der Ausschuß beschloß jedoch mit Allen gegen eine Stimme, diesen Antrag in der Generalversammlung nicht zu befürworten, weil dieses neue Lokale, wenngleich um ein Drittel größer, doch noch weniger geeignet erschien, als das bisherige, weil weiters es noch theurer war, und weil die Garantie einer zehnjährigen Miethdauer verlangt wurde. Da jedoch „Slovenec“, ohne Rücksicht auf die motivirte öffentliche Erklärung des Ausschusses, inzwischen neue direkte Angriffe auf den Ausschuß brachte, auch unter Vereinsmitgliedern eine gewisse Aufregung in Folge der Erörterung dieser Fragen bemerkbar war, so legte der Vereinsdirektor Dr. Bleiweis seine Stelle nieder, sein Stellvertreter Dr. Drel berief die Generalversammlung zur endgültigen Entscheidung auf den 6. d. M., vor deren Zusammentritt auch noch 8 Ausschußmitglieder aus dem Ausschusse traten. Es war dieses gewiß ganz taktvoll, weil es sich schließlich wirklich nur um die Frage handelte, ob der bisherige Ausschuß das Vertrauen der Mitglieder noch besitzt oder nicht. Aus diesem Grunde erschien auch keines dieser Ausschußmitglieder bei der Generalversammlung, um derselben ihre volle Unbefangenheit zu wahren. — Dieses der historische Verlauf der Begebenheiten, von welchen wir bisher als von einer innern Angelegenheit des Vereines geschwiegen haben, die wir aber — da sie inzwischen auch von anderer Seite erörtert wurden, ganz objektiv um so mehr schildern zu müssen glaubten, da sie in der letzten Generalversammlung ihren Abschluß gefunden haben. Bei dieser waren über 60 Mitglieder anwesend und wurden nach längeren Debatten — wobei die Herren Dr. Deblenec, A. Runksić und Franz Levstik die Opposition vertraten — folgende Beschlüsse gefaßt: 1. daß der Verein nie unzufrieden war mit seinen jetzigen Lokalitäten und daß er jede Solidarität mit jenen Scriblern ablehnt, welche derlei in den Zeitungen behaupteten; 2. daß der Verein wünscht, noch fernerhin in diesem Hause zu verbleiben; 3. daß der Verein bedauert, daß dieser Gegenstand zu Erörterungen in den Zeitungen geführt hat; 4. daß Herr Souvan von diesen Beschlüssen sogleich verständigt, und gefragt wird, ob er von seiner Kündigung zurücktrete; 5. daß der bisherige Direktor und Ausschuß wieder gewählt werden. — Die Beschlüsse 2 und 4 wurden einstimmig, jene sub 1 und 3 mit allen Stimmen gegen 9, jener sub 5 mit allen Stimmen gegen 5 gefaßt. — Bei dieser eclatanten Minorität der Opposition und bei dieser Satisfaktion nahm Herr Souvan seinen Anstand, seine Kündigung zurückzunehmen, indem er noch beifügte, daß er für alle aus dem Vereine austretenden Unzufriedenen den Jahresbeitrag berichtigen wolle, damit die Citavnica keinen materiellen Schaden erleide. So ist ihnen und dem Vereine geholfen, in welchen die fröhliche schöne Harmonie wiederkehren wird. Unter solchen wieder geordneten Verhältnissen aber hoffen wir, daß auch Herr Dr. Bleiweis und der Ausschuß an der Spitze des Vereines bleiben werden.

Lokales und Provinziales.

— Mit aufrichtigem Bedauern, schreibt die „Tagespost“, vernehmen wir, daß Se. Exc. der Herr Graf Strasoldo um die Enthebung von seinem Posten als k. k. Statthalter der Steiermark bei Sr. Majestät angeführt habe.

— Der „Draupost“ wird aus Laibach (31. Juli) geschrieben: („Die große Hälfte eines ganzen Mannes“ — und die andere Hälfte.) Unsere Offizielle brachte am 25. Juli unter der Aufschrift: „die große Hälfte eines ganzen Mannes“, eine Verhimmelung Schmerlings, die in ihrer Art um so merkwürdiger ist, weil zu jener Zeit der gänzliche Fall des Schmerlingschen Regierungssystems keinem Zweifel mehr unterlag, ein offizielles Blatt aber die maßgebenden Regierungsansichten als Leitstern seiner Diatriben betrachten sollte. Wir waren gewillt, jenen Aufsatz des Weitern zu widerlegen, — doch die Ereignisse haben uns überholt. Vom Throne selbst herab wurde es verkündet, daß der Versuch Schmerlings keine „gelungene That“ war, und daß neue Wege betreten werden müssen, um „durch eine gemeinsame Behandlung der allen Königreichen und Ländern gemeinschaftlichen Rechte, Pflichten und Interessen in naher Zukunft ein festes Band der Einigung um alle Völker dieses Reiches zu schlingen.“ Ein kaiserliches Handschreiben überhebt den sogenannten Verfassungsminister der Sorge um die Verfassung Oesterreichs und gibt ihn seinem ursprünglichen juristischen Berufe zurück. — Aber auch der Artikel der „Laibacher-Ztg.“ hat seine Ergänzung und die „andere Seite“ des „ganzen Mannes“ ihren Schilderer gefunden, und zwar im — Figaro. Unter der Form eines „Albumblattes zur Erinnerung dem abtretenden Ministerium“ bringt das genannte Wsigblatt 4 Tableaus: Ein Ungar von Bajonneten umgeben, das Zwillingsspaar Schleswig-Holstein gebunden und gefesselt, eine Polin trauernd am Grabe ihrer Gefallenen, Redakteure mit Ketten belastet im Kerker, — Sinnbilder des Ausnahmestandes in Ungarn, der ungelösten schleswig-holsteinischen Frage, des unglücklichen Polenkrieges und der fünfzig Jahre, welche den Redakteuren der Oppositionsblätter die Nothwendigkeit und Unfehlbarkeit des gesunkenen Systems begreiflich machten. Noch ein Kranz von jenen Hunderten Millionen, um die die Staatschuld wuchs, — und das Bild wäre ein vollendetes gewesen. — Warum hat die „Laibacher Zeitung“ von dieser Seite nichts erwähnt?! Der eingetretene Ministerwechsel ist ersichtlich auch ein Systemwechsel. Hoffen wir also eine baldige gründliche Besserung dieser und anderer Verhältnisse.

— Se. Majestät hat den Generalmajor und Inhaber des hier garnisonirenden 8. Artillerieregimentes Franz Wilsdorf als Ritter des Ordens der eisernen Krone zweiter Classe den Ordensstatuten gemäß in den Freiherrnstand des österreichischen Kaiserstaates erhoben.

— Dr. Plmos in Graz theilt in der „Tagespost“ folgendes mit Als Ergänzung zu der vor einigen Tagen gebrachten Notiz, daß der jetzige Staatsminister Graf Richard Belcredi sich nach seinem zeitweiligen Rücktritt aus dem Staatsdienste in Graz aufgehalten, sind wir in der Lage mitzutheilen, daß dieß vollkommen richtig ist, und daß dieser Aufenthalt des Grafen Belcredi in Graz in die Jahre 1851 und 1852 fällt; Graf Belcredi lebte hier sehr zurückgezogen, besuchte mehrere Collegien an der Universität, so zugleich mit dem Schreiber dieser Zeilen — Weinhold's Vorlesungen, in denen er auch alle literarhistorischen Arbeiten schriftlich mitmachte, zu denen Weinhold seine Hörer anregte; auch Professor Tangl's Vorträge soll Belcredi besucht haben.

— Am 1. und 2. d. M. wurden fünf in dem Institute „Leopoldine Petrić“ ausgebildete Mädchen von der Direktion der hiesigen k. k. Normalhauptschule für das Lehrfach geprüft und ihre Zeugnisse beurkundet ihre Fähigkeiten und erworbenen Kenntnisse. Dieß ist schon das dritte Mal, daß aus diesem Institute Lehrerinnen hervorgehen und es haben bis jetzt 13 Mädchen durch den in selbem genossenen Unterricht ihre Selbstständigkeit erungen und fungiren gegenwärtig größtentheils als Lehrerinnen oder Gouvernanten. — Gewiß der beste Beweis der Tüchtigkeit dieses nunmehr seit 9 Jahren bestehenden Institutes!

Der Nutzen, der durch eine derlei Ausbildung für das Allgemeine erwächst, fällt von selbst in die Augen. Abgesehen, daß gründliche und zeitgemäße Bildung auch beim weiblichen Geschlechte erzielt wird, erringen sich dadurch viele Mädchen eine Selbstständigkeit und werden in die Lage versetzt auf eine ehrenvolle und würdige Art ihr Auskommen zu finden, wodurch die vielen, oft mit großen Kosten aus dem Auslande verschriebenen Gouvernanten, von welchen kaum die Hälfte den gerechten Anforderungen entspricht, entbehrlich werden. Warum auch sollen nicht slovenische Mädchen das leisten können, was man bei Schweizerinnen und Französinen vergebens sucht, und warum soll man das im Auslande suchen, was man in unserm schönen Vaterlande besser, billiger und gebiegener finden kann.

Daß demnach mit der Zeit eine weibliche Präparandie in Laibach, jedoch im Geiste des jetzigen Fortschrittes und in den Grundsätzen der neuern und erprobten Lehrmethode errichtet würde, gehört nebst vielen Andern auch zu den frommen Wünschen!

— Am 6. August fand in der Pfarrkirche zu Egg in Obertrai eine gar seltsame Feier statt, indem die Zwillingsschwäger Rosmas und Damian Pauli gleichzeitig die erste heilige Messe lasen; nahe an 200 Gäste aus Laibach waren zu dieser Primiz geladen und erschienen.

— Man schreibt uns aus Waid: Nach dem Mischjahre 1817 wurde im Bezirkscommissariate Umgebung Laibach ein Getreidesparspeicher errichtet, zu dem jeder Besitzer, auch der Knechtler, ein ihm aufgebotesenes Quantum liefern mußte, und es lieferte Waid Korn, eine andere Ortschaft Haide, wieder eine andere Hirse u. s. w. Dieser Getreidesparspeicher bestand bis 1848 in einem alten Magazine am Schloßberge und es erhielt jeder, der Mangel an Anbau saamen litt, gegen Vorfestigung daraus zu Leihe. Mit einem Male war es mit diesem Speicher zu Ende. Wir fragen diejenigen, in deren Händen diese Sache zuletzt lag, wohin kam das darin aufgespeicherte Getreide, wurde es verkauft, wer gab dazu die Bewilligung, wo ist der Erlös u. s. w.?! —

— Tagesordnung für die heute Nachmittags 5 Uhr stattfindende ordentliche Sitzung der Handels- und Gewerbekammer: Lesung des Sitzungsprotokolles vom 10. Juli l. J.; Mittheilung des Erlasses des k. k. Ministeriums für Handel und Volkswirtschaft betreffend die Einziehung der im Umlauf befindlichen, auf Conventions-Münze lautenden Banknoten, — so wie jener auf 10 fl. De. W. lautenden Banknoten früherer Form; Berathung über die Zuschrift der k. k. Landesbehörde für Krain, Behufs zu erstattender Aeußerung, über die seit der Aktivierung des neuen Handelsgesetzes gemachten Erfahrungen, in wieferne die Bestimmungen des im §. 7 des Einführungsgesetzes, aufgestellte Skala, in Berücksichtigung einzelner Gewerbszweige, den Verhältnissen und Bedürfnissen entspreche; Berathung über die Zuschrift der k. k. Landesbehörde für Krain bezüglich der Ernennung eines Vertreters von Seite der Kammer in das, zur Berathung über die Errichtung einer Wiederholungsschule in Laibach, ernannte Comité; Verhandlung über die Zuschrift des Vereines österreichischer Industrieller in Wien, in Betreff der Gründung eines Central-Organes für Industrie und Handel in Oesterreich; Berathung über die Zuschrift der k. k. Landesbehörde für Krain, womit das Gesuch der Gemeinde Brindl im Bezirke Gurkfeld um Ertheilung des Markt-Privilegiums für die Ortschaft Koviše, zur Aeußerung zugestellt wird; Bericht des Comités über die Vorberathung des Kammer-Präliminars pro 1866; Mittheilung der von der General-Direktion der Südbahn eingelangten Erledigung bezüglich der angeführten Frachtbegünstigung für Mehlsendungen ab Laibach — Triest; allfällige Separat-Anträge. —

— Die Brüder Rozler und deren Schwester Frau Džreza haben vorige Woche vom Herrn Peter von Pagliarucci das Schloß Leopoldsdorf bei Laibach um 70,000 fl. angekauft. Für das Land — schreibt die „Novice“ — ist dieser Kauf deshalb von großer Bedeutung, da, wie man hört, die neuen Eigenthümer auf diesem Besitze eine große Bierbräuerei zu errichten gesonnen sind, wodurch das viele Geld, welches jetzt für Grazer-Bier außer Land geht, unserm Lande erhalten bleibt.

— Herr Dr. Josef Rozler hat seine Notarstelle niedergelegt.

— Unser Landsmann Herr Anton Heidrich, der sich im Prager Conservatorium für höhere Musik ausbildet, hat seine erste Composition für Quartett und Männerchor unter dem Titel: „Vodniku“ veröffentlicht (die Worte von M. Vilhar). Es ist dies gelungene Werk unseres Patrioten recht empfehlenswerth allen heimatischen Sängern und Gesangsvereinen, und liegt in der Citavnica zum Verfaufe auf.

— In Illyrisch-Feistritz findet am 20. d. M. in der Citavnica eine Beseda zur Feier des Allerhöchsten Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers statt.

Aufruf der Wiener „Slovanska Beseda.“

In Erwägung, daß ein gutes Fünftheil der Bevölkerung Wiens der slavischen Nationalität angehört, daß die überwiegende größere Hälfte der slavisch-österreichischen akademischen Jugend an den hiesigen Hochschulen ihren Studien nachgeht, und daß häufig verschiedener Angelegenheiten wegen gerade hier ein großer Zusammenfluß österreichischer wie außerösterreichischer Slaven stattfindet, hat die Wiener „Slovanska Beseda“ in ihrer jüngsten Sitzung einstimmig beschlossen, als Filialinstitut der „Beseda“ eine „slavische Bibliothek“ zu begründen. — Schon längst war es ein unter den Slaven allgemein tiefgefühltes Bedürfnis, in Wien ein Centrum zu besitzen, welches denselben hier inmitten eines fremden Volkes und Landes gleichsam zum Nationalasyl dienen sollte. Doch manigfache Hindernisse stellten sich der Verwirklichung des als nothwendig Erkannten entgegen. Erst am 30. Mai d. J. war es nach langwierigen Kämpfen der „Slovanska Beseda“ ermöglicht, mit Bewilligung der n.ö. Statthalterei ihre endgiltige Konstituierung durch ein glänzendes Eröffnungsfeest zu feiern. Wie bekannt, besteht der Hauptzweck des Vereines darin, durch gesellige und geistige Unterhaltungen das wechselseitige Kennenlernen unter den österreichischen Slaven zu vermitteln; doch erkannte der Verein schon in den ersten Monaten seines Bestandes die Nothwendigkeit, seine Wirksamkeit über diesen Zweck noch weiter hinaus auszudehnen, und darauf hinzuwirken, daß die Wiener „Slovanska Beseda“ auch der Mittelpunkt zur Pflege der Reciprocität in literärer, wissenschaftlicher und Kunstbeziehung unter den einzelnen österreichisch-slavischen Stämmen würde. Das beste Mittel hiefür ist unzweifelhaft eine „slavische Bibliothek“ in Wien. Als ein wichtiger Neben Zweck dieses Filialinstitutes der „Beseda“ wurde auch die nationale Ausbildung der hier studierenden akademischen slavischen Jugend in Aussicht genommen, welsch letzterer hiemit der Zugang zu den slavischen Geistesgütern erleichtert, und die Gefahr beseitigt werden soll, während ihrer Studienjahre in der hiesigen Welt und deren Fremdtöne unterzugehen. Als untergeordneten, jedoch für die Betreffenden nicht zu übersehenden Zweck der „slavischen Bibliothek“ in Wien führen wir noch den an, die eventuell bei ihr sich ansammelnden Doubletten von Werken an slavische Bibliotheken in den einzelnen Kronländern abzutreten. Da jedoch der „Beseda“ zur Vollführung des gefaßten Planes die materiellen Mittel derzeit noch fehlen, erübrigt ihr nichts anderes, als sich an alle jene slavischen Patrioten, denen es mit der slavischen Wechselseitigkeit Ernst ist, mit der Bitte zu wenden, jenes allgemein nützliche Unternehmen nach Kräften zu unterstützen. — Insbesondere aber ersucht die „Slovanska Beseda“: 1. Alle slavischen agrarischen, commercialen, literären, wissenschaftlichen und Kunst-Vereine, sowie auch die einzelnen slavischen Schriftsteller, Buchhandlungen und Verleger: dieselben mögen durch einen der unten angeführten Mandatare der „Slovanska Beseda“, von jedem slavischen, in irgend einem slavischen Idiom geschriebenen oder in irgend einer fremden Sprache über das Slaventhum erschienenen Werke, welches sie herausgegeben oder verlegt, je ein Exemplar der „Slovanska Beseda“ zukommen lassen. Direkte Einsendungen an die „Slovanska Beseda“ wären mit der Adresse derselben: „Wien, Maximilianstraße, Nr. 4“ zu versehen. — 2. Bittet die „Slovanska Beseda“ auch alle slavischen Patrioten, welche Privatbibliotheken besitzen, die in dieser allfälligen vorhandenen Doubletten der „slavischen Bibliothek“ in Wien zuzuschicken, wogegen sich letztere zur diesbezüglichen Wechselseitigkeit verpflichtet. 3. Werden alle slavischen Patrioten mit dem Ersuchen aufgefodert, in ihren bezüglichen Kreisen die Sammlung obbezeichneter Bücher übernehmen und die allfällige Ernte dieser ihrer Mühe der „Slovanska Beseda“ auf Kosten letzterer im obangegebenen Wege überschicken zu wollen. In dem letztangeführten Zwecke hat der Ausschuss der „Slovanska Beseda“ sich in allen bedeutenderen slavischen Städten Mandatare auszuwählen beehrt, mit dem gleichzeitig hiemit an sie gerichteten Ansuchen, sich dieser patriotischen Aufgabe zu unterziehen. In Laibach: L. Redaktion der „Novice“; in Klagenfurt: L. Redaktion der „Slovenec“ und des „Glasnik slovenski“; in Graz: Hr. Dr. Muršec, Oberrealschulprofessor; in Marburg: L. Präsidium der Citavnica; in Görz: Hr. Dr. Tonkli, Advokatursconzipient; in Triest: Hr. Franz Cegnar, Dvertelegassit; in Cilli: L. Präsidium der Citavnica.

Wien, 20. Juli 1865. Der Vorstand der „Slovanska Beseda.“

Erinnerungstafel

(aus dem Intelligenzblatte der Laibacher Zeitung).

- Am 12. August. 3. erf. Feilbietung der dem Franz und Margareth Knafetz von Verh gehörigen Subrealität; Schätzwerth 812 fl. (Städt. del. Bez. G. Neustadt.)
- 3. erf. Feilbietung der dem Johann Gregoritz von Soderschitz gehörigen Realität und Fahrnisse; Schätzwerth 1986 fl. und 366 fl. (Bez. A. Reifnitz.)
- 3. erf. Feilbietung der dem Josef Sterle von Polane gehörigen Realität; (Bez. A. Laas.)
- Am 14. August. 3. erf. Feilbietung der dem Johann Erfol von Kal gehörigen Realität; Schätzwerth 1582 fl. (Bez. A. Raasdach.)
- 3. erf. Feilbietung der dem Josef Gribar von Randol gehörigen Realitäten; Schätzwerth 880 fl. (Bez. A. Stittich.)
- 3. erf. Feilbietung der den Jakob und Agnes Gitti gehörigen Hauses in Laibach, Zirnan Nr. 32, Garten und Fahrnisse; Schätzwerth 1621 fl. 20 fr. 243 fl., und 112 fl. 80 fr. (Landesger. Laibach.)
- 3. erf. Feilbietung der dem Mathias Kroll von Steinberg gehörigen Realitäten; Schätzwerth 1454 fl. (Bez. A. Treffen.)
- Am 16. August. 3. erf. Feilbietung der dem Anton Ule von Verh gehörigen Realität; Schätzwerth 266 fl. (Bez. A. Laas.)
- 3. erf. Feilbietung der dem Jakob Frank von Laas gehörigen Realität; Schätzwerth 567 fl. (Bez. A. Laas.)
- 3. erf. Feilbietung der dem Mathias Grovat gehörigen Subrealität; Schätzwerth 1315 fl. (Städt. del. Bez. G. Neustadt.)
- 3. erf. Feilbietung der dem Mathias und Maria Rabuse von Büchel gehörigen Realität; Schätzwerth 400 fl. (Bez. A. Gotschee.)

— 3. erf. Feilbietung der dem Peter Uranovich von Tribuzhe gehörigen Realität; Schätzwerth 550 fl. (Bez. A. Tschernembl.)

— Tagfagung in Sachen des unbekannt wo befindlichen Josef Trontel, Verfallnachfolger des Josef Planka von Raoida (Bez. A. Littai.)

— Tagfagung in Sachen des unbekannt wo befindlichen Johann Haller von Rann. (Bez. A. Littai.)

— 3. erf. Feilbietung der dem Franz Kosmash von Staravas gehörigen Realität; (Städt. del. Bez. G. Neustadt.)

Getraute.

Dom-Pfarre. Den 7. August. Herr Leopold Pytzer, Handelsmann, mit Fräulein Amalia Beslay. (Berichtigung der letzten Nummer.)

Verstorbene.

Den 6. August. Frau Lucia Apengler, Aufseherin an der Kleinkinderbewahranstalt, alt 71 Jahre, in der Stadt Nr. 63, an der allgemeinen Wassersucht. — Dem Bartholomäus Terschin, Aufseher, sein Kind weiblichen Geschlechtes, alt 7 Minuten, nothgetauft in der St. Peters-Vorstadt Nr. 32, an Schwäche in Folge von Frühgeburt. — Dem Herrn Mathias Thuma, Schuhmachermeister, sein Kind Paulina, alt 2 1/2 Jahre, in der Grabisch-Vorstadt Nr. 22, am Keuchhusten. — Dem Herrn Jakob Zeralla, Schneidermeister, sein Kind Rosalia, alt 6 Wochen, in der Stadt Nr. 189, an Fraisen.

Den 8. August. Maria Marinka, Inwohnerin, alt 64 Jahre, in der St. Peters-Vorstadt Nr. 144, an der Herzbeutelwassersucht. — Dem Herrn Jakob Wiesmayer, Schuhmacher, sein Kind Jakob, alt 3 1/2 Jahre, in der Kapuziner-Vorstadt Nr. 34, an der Rippenfellentzündung.

Den 9. August. Dem wohlgebornen Herrn Julius von Niezky, Privatier, sein Kind Maria Solantha, alt 12 Tage, in der Karlsbader-Vorstadt Nr. 8, an Fraisen.

Im k. k. Militär-Garnisons-Spitale.

Den 9. August. Eugen Jörer, k. k. Hauptmann in Pension, 43 Jahre alt, an der Wassersucht.

Lottoziehungen.

A. 1. Lottoziehung am 9. d. M.

In Wien: 34. 57. 48. 66. 72. In Graz: 85. 74. 77. 21. 62.

Wochenmarkt in Laibach am 9. August.

Erbsen fl. 2.—, Linsen fl. 4.—, Erbsen fl. 3.70, Fischen fl. 3.75, Rindschmalz Pfund fr. 54, Schweineschmalz Pfund fr. 44, Speck frisch Pfund fr. 34, Speck geräuchert Pfund fr. 44, Butter Pfund fr. 50, Eier Stück 1 1/2 fr., Milch fl. 10, Rindfleisch Pf. 16 bis 18 fr., Kalbfleisch Pf. fr. 18, Schweinefleisch Pf. fr. 22, Schöpfenfleisch Pf. fr. 10, Hähnchen pr. Stück fr. 20, Tauben Stück fr. 11, Hen Cent. fl. 1.80, Stroh Cent. fl. 1.35, Holz hartes 30jährig Kasten fl. 8.50, weiches Kst. fl. 6.50, Wein rother Gimer fl. 13, weißer Gimer fl. 14.

Getreidepreise in den Magazinen am 9. August.

Weizen fl. 4.—, Korn fl. 2.73, Gerste fl. 2.27, Hafer fl. 1.93, Halbschmalz fl. 2.90, Heiden fl. 3.17, Hirse fl. 2.83, Kukuruz fl. 2.70.

Coursbericht	7. August		8. August		10. Aug. (tel.) (Durchschnittscours)
	Geld	Waare	Geld	Waare	
In österreich. Währung zu 5%	63.50	63.70	63.30	63.50	—
" rüschbar " 5%	98.25	98.75	98.25	98.75	—
" von 1864	86.60	86.80	86.60	86.80	—
Silberanleihen von 1864	79.50	80.—	79.75	80.—	—
Nationalanleihen 5 %	74.—	74.20	73.65	73.80	73.90
Metalliques 5 %	68.60	68.80	68.60	68.70	69.15
Verlosung 1839	145.50	146.—	145.50	146.—	—
" 1860 zu 500 fl.	89.30	89.40	89.30	89.40	89.15
" 1864	80.35	80.45	80.30	80.50	—
Commodities 42 L. austr.	18.—	18.25	18.—	18.25	—
Grundentlastungs-Obligationen von					
Steiermark, Kärnten, Krain	85.50	86.50	85.50	86.50	—
Nationalbank	781.—	782.—	780.—	782.—	782.—
Kreditanstalt	174.30	174.50	173.50	173.70	173.—
Wechsel auf London	110.30	110.40	110.25	110.35	110.60
Silber	108.—	108.25	108.—	108.25	108.25

Nr. 4714.

Kundmachung.

(65—1.)

Nach den Anfangs August d. J. eingelangten Brodtarifen haben nachfolgende zwei Bäcker das größte Brod:

Jerni Blas, wohnhaft Kapuziner-Vorstadt Haus-Nro. 61, und Johann Loskar, wohnhaft Grabisch-Vorstadt Haus-Nro. 16.

Stadtmagistrat Laibach, am 8. August 1865.

Der Bürgermeister: Dr. E. H. Costa.

59.

Freiwillige Lizitation

eventuell

Verpachtung von Moorgründen.

Montag, den 14. August, Morgens 7 Uhr beginnend, wird Herr Pet. Nic. Feuer folgende Morastanteile bei 1/10 Anzahlung des Kaufpreises auf langjährigen Kredit an Ort und Stelle dem Meistbietenden verlaufen:

1. in Černavas am Farjouc-Graben 10 1/2 Joch mit Doppelharfen, mit Dreschboden u. f. w., im Ganzen;
2. an der Sonneggerstrasse neben Herrn Schusterschitz 5 1/4 Joch, im Ganzen;
3. am Koschuh 27 1/2 Joch, wobei 8 Joch Wiesen in Parzellen von 3 bis 5 Joch;
4. bei Babnagorica 110 Joch, wobei eine Parzelle von 30 Joch mit 44 Fenster Harfen, Dreschboden, Raiffe und Stall im Ganzen, der Rest in kleineren Parzellen ausgestellt wird.

Verkauf.

Pferdemist aus der Kavallerie-Kaserne ist zu verkaufen. Das Nähere zu erfahren in der Kaserne und am Hauptplatze Nro. 5 zu ebener Erde.